

POLICY BRIEF

Deutschlands Rolle in der Welt

Perspektiven junger Menschen
auf deutsche Außenpolitik 2024



Impressum

© Liz Mohn Stiftung, Gütersloh
August 2024

Herausgeber

Liz Mohn Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon: +49 5241 2133-0
<https://liz-mohn-stiftung.de/>

Verantwortlich

Simon P. Balzert
Matthias Meis

Layout

VISIO Kommunikation GmbH

Lektorat

Rudolf Jan Gajdacz

Bildnachweise

Besim Mazhiqui

Druck

Gieselmann Druck und Medienhaus

Papier

Circleoffset, 100 % Altpapier, zertifiziert mit dem Blauen Engel und FSC Recycled

POLICY BRIEF

Deutschlands Rolle in der Welt

Perspektiven junger Menschen
auf deutsche Außenpolitik 2024

Inhalt

| | |
|-----------------------------------|----|
| Einleitung | 5 |
| 1. Politik im Alltag | 6 |
| 2. Deutschland und Europa | 8 |
| 3. Deutschland in der Welt | 13 |
| 4. Krieg und Frieden | 17 |
| 5. Alte und neue Partner | 19 |
| Fazit | 23 |
| Anhang | |
| Methodik | 25 |
| Kontakt | 26 |

EINLEITUNG

Was denken junge Menschen hierzulande über die deutsche Außenpolitik? Inwieweit unterscheiden sich die Einstellungen der Jugendlichen zu internationalen Politikthemen von denen der Gesamtbevölkerung? Diese Fragen sind in einer sich zunehmend geopolitisch wandelnden Welt sowohl für die Politik als auch für die gesamte Gesellschaft von großer Relevanz. Die Liz Mohn Stiftung möchte jungen Menschen eine Stimme geben und hat deshalb Antworten auf diese Fragen gesucht. Das Meinungsforschungsinstitut Ipsos hat dafür im Auftrag der Liz Mohn Stiftung 3.300 in Deutschland lebende Personen repräsentativ befragt. Die Ergebnisse der Umfrage zeigen: In vielen Aspekten ähneln die Ansichten der 14- bis 27-Jährigen denen der Gesamtbevölkerung. Es gibt aber auch Themen, bei denen die Meinungen voneinander abweichen.

Die Informationsbeschaffung unterscheidet sich sehr deutlich zwischen den Jugendlichen und der Gesamtbevölkerung: Soziale Medien sind bei den jungen Menschen Informationsquelle Nummer eins, die Gesamtbevölkerung informiert sich vor allem über Radio und Fernsehen. Insgesamt machen die Ergebnisse Mut: Die Europäische Union ist die am positivsten bewertete internationale Institution – sie schneidet besser ab als Deutschland, Großbritannien und die USA, die auf den weiteren Plätzen folgen.

In verschiedenen Projekten der Liz Mohn Stiftung bekommen junge Menschen eine Stimme, um in aktuellen gesellschaftlichen und politischen Fragestellungen als Gruppe Gehör zu finden. Dazu zählt die Townhall-Diskussionsreihe „Zeitenwende on tour“, die in Gütersloh von der Münchner Sicherheitskonferenz gemeinsam mit der Liz Mohn Stiftung organisiert wird. Hier sprechen einmal jährlich Schüler:innen auf Augenhöhe mit Minister:innen und hochrangigen Panelist:innen. Ausgewählte Sprecher:innen dieser Konferenz kommen auch in dieser Publikation zu Wort: Die Jugendlichen kommentieren die quantitativen Umfrageergebnisse mit ihren persönlichen Meinungen und ergänzen so die jugendlichen Perspektiven auf deutsche Außenpolitik im Jahr 2024.

1. POLITIK IM ALLTAG

Mit 53 Prozent gibt die Mehrheit der befragten Gesamtbevölkerung an, eher oder sehr politisch interessiert zu sein. Nur 17 Prozent sind überhaupt nicht oder eher nicht politisch interessiert. Auch ihr politisches Wissen schätzen die Befragten eher gut ein. Fast zwei von fünf Befragten (39 Prozent) sind der Meinung, viel (31 Prozent) oder sehr viel (8 Prozent) über Politik zu wissen. 46 Prozent meinen, immerhin etwas über Politik zu wissen. Die klassische Links-Rechts-Einschätzung der Befragten zeigt einen Schwerpunkt in der politischen Mitte auf. Fast die Hälfte der Befragten (48 Prozent) ordnet sich auf einer 10er-Skala bei den beiden mittleren Punkten 5 oder 6 ein. Weitere 11 Prozent sehen sich beim Skalenpunkt 4 und ebenso viele (10 Prozent) bei der 7. Nur 13 Prozent ordnen sich ganz links (Skalenpunkte 1 bis 3) und nur 10 Prozent ganz rechts (Skalenpunkte 8 bis 10) ein.

„Die politische Haltung der Jugendlichen hat sich in den letzten Jahren verändert, Umwelt- und Klimaschutz sind nicht mehr so dominierend, Themen wie Sicherheit spielen heutzutage eine deutlich größere Rolle als vor drei Jahren. Unter Jugendlichen liegen die konservativen politischen Kräfte mittlerweile vor den eher linken, auch rechtsextreme Parteien wie die AfD erhalten leider große Zustimmung. Damit die Politik nicht Extremisten von rechts und links überlassen wird, ist es wichtig, sich zu engagieren. Jugendliche möchten in der Politik berücksichtigt werden. Damit dies gelingt, müssen sich aber mehr junge Leute in politischen Parteien engagieren. So können sie vor allem kommunale Entscheidungen beeinflussen und sich beispielsweise in lokale Jugendparlamente wählen lassen.“

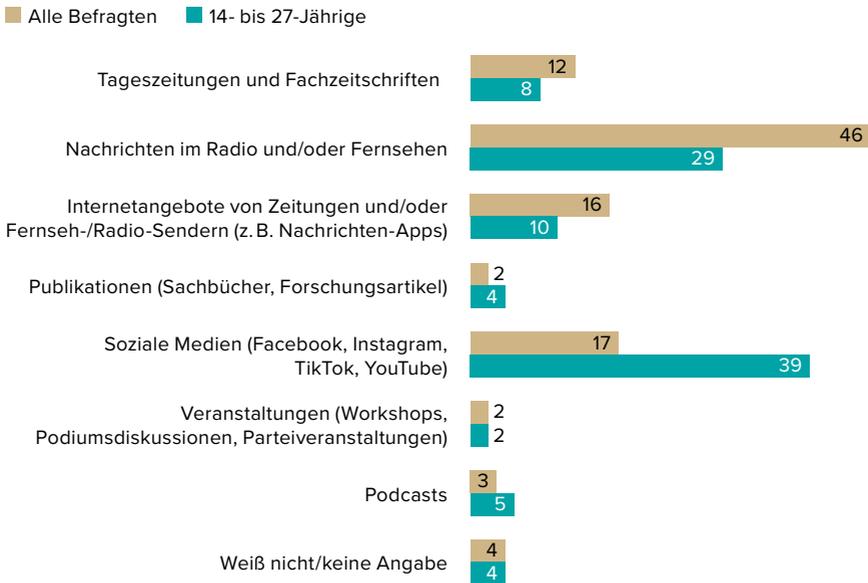


Vitus Brieden
17 Jahre

Bei der Informationsbeschaffung zeichnet sich ein deutlicher Unterschied zwischen den Altersgruppen ab: Politische Informationen bezieht die befragte Gesamtbevölkerung in erster Linie (58 Prozent) aus den Nachrichten im Radio und/oder Fernsehen, Tageszeitungen und Fachzeitschriften. Unter den 14- bis 27-Jährigen werden diese

Medien signifikant seltener konsumiert (37 Prozent). Diese Altersgruppe informiert sich dafür signifikant häufiger (39 gegenüber 17 Prozent der Gesamtbevölkerung) hauptsächlich über soziale Medien (Abbildung 1).

Abbildung 1 | Hauptsächliche politische Informationsquellen



Darstellung in Prozent

Frage: Woher beziehen Sie hauptsächlich Ihr Wissen über Politik? Wählen Sie einen Punkt aus.

Basis: n=3.300 (alle Befragten, gewichtet: n=3.000) bzw. n=887 (14- bis 27-Jährige)

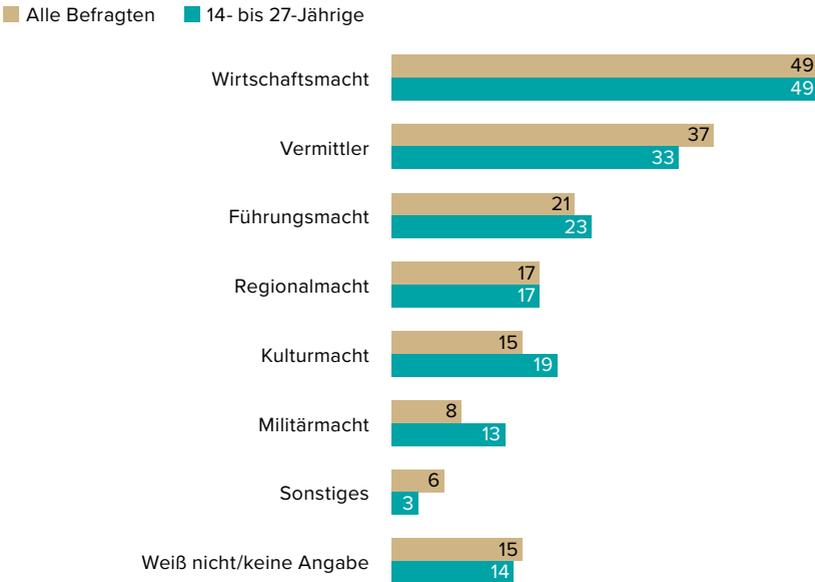
Quelle: Ipsos im Auftrag der Liz Mohn Stiftung 2024

Außerdem wurde die Wahrnehmung der Befragten ermittelt, ob sie mit ihrem Handeln durch z. B. Wahlen, Demonstrationen oder öffentliche Meinungsäußerung die deutsche Außenpolitik beeinflussen können. Dieser Aussage stimmten die jungen Menschen signifikant häufiger eher oder voll und ganz zu als das Gesamtsample (43 gegenüber 38 Prozent gesamt). Hier zeigen sich Unterschiede in Bezug auf das Geschlecht und die formale Bildung der Befragten. Männer (40 vs. 34 Prozent Frauen) und Personen mit hoher Bildung (41 Prozent vs. 34 Prozent mittlere Bildung vs. 33 Prozent niedrige Bildung) stimmen der Aussage, dass sie die Außenpolitik beeinflussen können, signifikant häufiger zu als Frauen und Personen mit mittlerer oder niedriger Bildung.

2. DEUTSCHLAND UND EUROPA

Die Befragten sollten in Bezug darauf, welche Rolle Deutschland in Europa ihrer Meinung nach einnimmt und welche Rolle Deutschland in Europa einnehmen sollte, zwischen unterschiedlichen Attributen wie „Militärmacht“ oder „Kulturmacht“ wählen (Abbildung 2). Beide Gruppen sehen Deutschland in Europa am ehesten als Wirtschaftsmacht (49 Prozent Jüngere; 49 Prozent gesamt) und wünschen sich das auch am ehesten für Deutschland (52 Prozent Jüngere; 55 Prozent gesamt).

Abbildung 2 | Deutschlands Rolle in Europa



Darstellung in Prozent

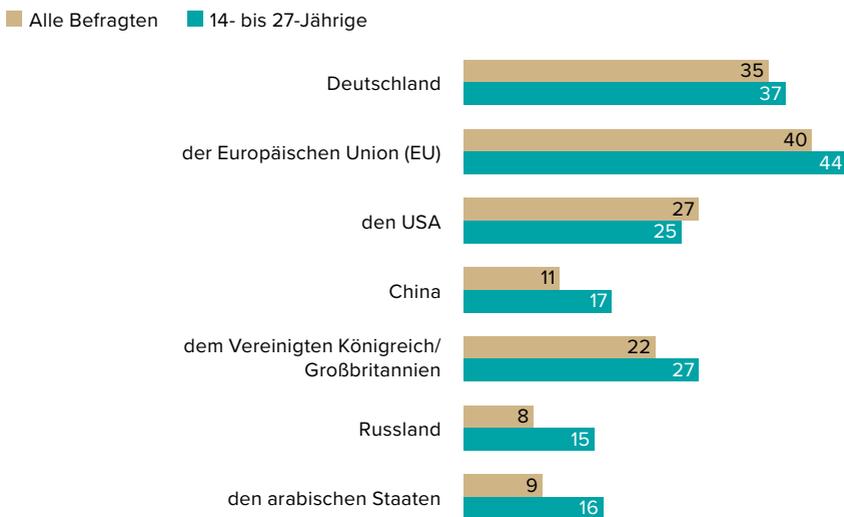
Frage: Wenn Sie nun an die Rolle denken, die Deutschland innerhalb Europas einnimmt, welche Bezeichnungen passen da Ihrer Meinung nach am besten? Wählen Sie bis zu drei Antworten aus. Basis: n=3.300 (alle Befragten, gewichtet: n=3.000) bzw. n=887 (14- bis 27-Jährige)

Quelle: Ipsos im Auftrag der Liz Mohn Stiftung 2024

Allerdings zeigen sich im Detail Altersunterschiede. So geben die 14- bis 27-Jährigen signifikant häufiger als die Gesamtbevölkerung an, Deutschland als Kulturmacht (19 vs. 15 Prozent gesamt) oder Militärmacht (13 vs. 8 Prozent gesamt) zu sehen. Als Vermittler bezeichnen sie Deutschland dafür signifikant seltener (33 vs. 37 Prozent gesamt). Ähnliche Unterschiede zeigen sich bezüglich der Rolle, die sich die Befragten für Deutschland in Europa wünschen.

Im Anschluss sollten die Befragten einordnen, wie sie die Rolle Deutschlands, Europas und anderer Staaten in der Welt bewerten und ob sie sich für den jeweiligen Staat eine größere Führungsrolle in der Welt wünschen. Sowohl das Gesamtsample als auch die Jüngeren bewerten dabei die Rolle der EU sowie von Deutschland, Großbritannien und den USA am positivsten (Abbildung 3).

Abbildung 3 | Bewertung der Rolle unterschiedlicher Staaten in der Welt (Anteil Sehr/eher positiv)



Darstellung in Prozent

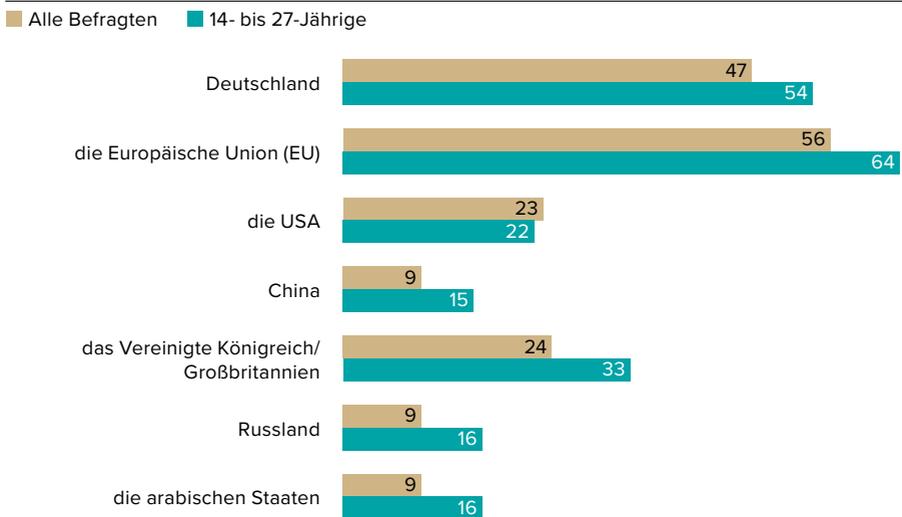
Frage: Wie bewerten Sie die Rolle von ... in der Welt?

Basis: n=3.300 (alle Befragten, gewichtet: n=3.000) bzw. n=887 (14- bis 27-Jährige)

Quelle: Ipsos im Auftrag der Liz Mohn Stiftung 2024

Von diesen Staaten wünschen sich die Befragten außerdem am ehesten eine Führungsrolle. Insgesamt fällt allerdings auf, dass die Jüngeren die Rolle der einzelnen Staaten (mit Ausnahme der USA und Deutschland) signifikant häufiger eher oder sehr positiv bewerten als die Gesamtbevölkerung und (mit Ausnahme der USA) auch signifikant eher mit Ja auf die Frage antworten, ob ein Staat eine größere Führungsrolle einnehmen sollte (Abbildung 4). Dies ist auch bei China, Russland und den arabischen Staaten der Fall.

Abbildung 4 | Wunsch nach größerer Führungsrolle unterschiedlicher Staaten (Anteil „Ja“)



Darstellung in Prozent

Frage: Sollte(n) ... in der Welt eine größere Führungsrolle übernehmen?

Basis: n=3.300 (alle Befragten, gewichtet: n=3.000) bzw. n=887 (14- bis 27-Jährige)

Quelle: Ipsos im Auftrag der Liz Mohn Stiftung 2024

Die Menschen in Deutschland wurden außerdem zu ihrer Meinung bezüglich einer Übertragung von mehr Entscheidungsrechten an die EU durch die EU-Mitgliedsstaaten befragt. Ein solcher Machtzuwachs der EU wird von den Jüngeren (54 Prozent)

signifikant häufiger befürwortet als von der Gesamtbevölkerung (44 Prozent). Dagegen spricht sich das Gesamtsample hier signifikant häufiger (39 Prozent) aus als die Jüngeren (33 Prozent).

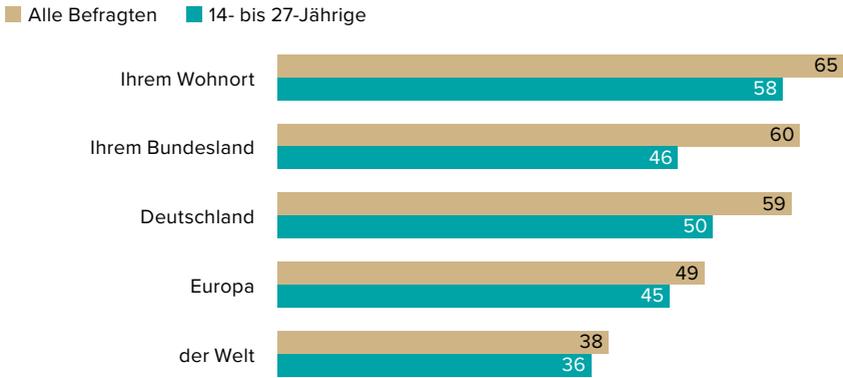
„Deutschland hat für mich in Europa die Rolle als einer der wichtigsten Entscheidungsträger innerhalb der EU. Ich vertrete die Ansicht, dass die Verbindung zwischen Deutschland und Europa gestärkt werden muss und wir innovativ denken müssen, also dass wir Europa auf wirtschaftlicher und sozialer Ebene weiterentwickeln. Diese Entwicklung wäre mit einem stärkeren Europaparlament, einer gemeinsamen Europapolitik und einer souveräneren Europäische Union verbunden. Europas Rolle in der Welt sollte ein Beispiel für andere Kontinente sein, welche Vorteile es haben kann, wenn man mit seinen Nachbarn vereint arbeitet. Dabei sollten für eine bessere gemeinsame Zukunft auch Hass und Fremdenfeindlichkeit überwunden werden. Europa muss aus meiner Sicht ein Kontinent sein, der für Fortschritt steht, weil wir positive Entwicklungen nur durch gemeinsamen Fortschritt mit unseren Nachbarn erlangen können.“



Emir Ali
18 Jahre

Ein weiterer Teil der Befragung bestand in der Untersuchung, inwiefern sich die Befragten mit unterschiedlichen geografischen Bezugsräumen verbunden fühlen. Interessant ist dabei, dass sich die Menschen in Deutschland am stärksten mit ihrem Wohnort (58 Prozent Jüngere; 65 Prozent gesamt) und am wenigsten mit der Welt (36 Prozent Jüngere; 38 Prozent gesamt) verbunden fühlen (Abbildung 5). Im Vergleich fühlen sich die Jüngeren allerdings signifikant weniger mit dem Wohnort, dem Bundesland, Deutschland und Europa verbunden als das Gesamtsample.

Abbildung 5 | Verbundenheit mit geografischen Einheiten (Anteil „Sehr verbunden“/„Eher verbunden“)



Darstellung in Prozent

Frage: Im Folgenden geht es um Ihre Verbundenheit mit verschiedenen geografischen und politischen Einheiten. Bitte geben Sie an, wie stark Sie sich verbunden fühlen mit ...

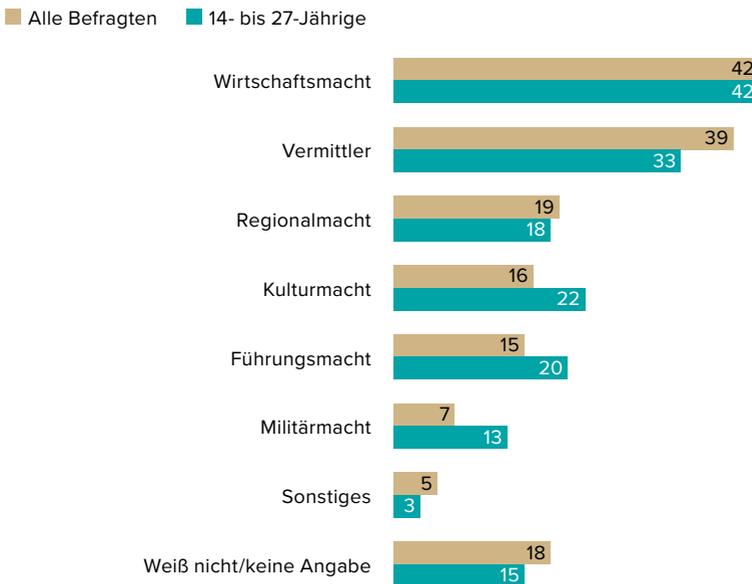
Basis: n=3.300 (alle Befragten, gewichtet: n=3.000) bzw. n=887 (14- bis 27-Jährige)

Quelle: Ipsos im Auftrag der Liz Mohn Stiftung 2024

3. DEUTSCHLAND IN DER WELT

Wie im europäischen Kontext sehen auch auf globaler Ebene die Befragten beider Samples Deutschland am ehesten als Wirtschaftsmacht (42 Prozent Jüngere; 42 Prozent gesamt) und wünschen sich auch am ehesten, dass Deutschland diese Rolle einnimmt (52 Prozent Jüngere; 54 Prozent gesamt). Erneut zeigen sich allerdings Alterseffekte. Während die Jüngeren Deutschland häufiger als Kulturmacht (22 vs. 16 Prozent gesamt), Führungsmacht (20 vs. 15 Prozent gesamt) und Militärmacht (13 vs. 7 Prozent gesamt) bezeichnen, wird Deutschland im Gesamtsample eher als Vermittler (33 Prozent Jüngere vs. 39 Prozent gesamt) gesehen (Abbildung 6). Auch diese Unterschiede sind

Abbildung 6 | Deutschlands Rolle in der Welt



Darstellung in Prozent

Frage: Denken Sie nun an die Rolle, die Deutschland in der Welt einnimmt. Welche Bezeichnung passt da Ihrer Meinung nach am besten? Sie können wieder bis zu drei Antworten auswählen.

Basis: n=3.300 (alle Befragten, gewichtet: n=3.000) bzw. n=887 (14- bis 27-Jährige)

Quelle: Ipsos im Auftrag der Liz Mohn Stiftung 2024

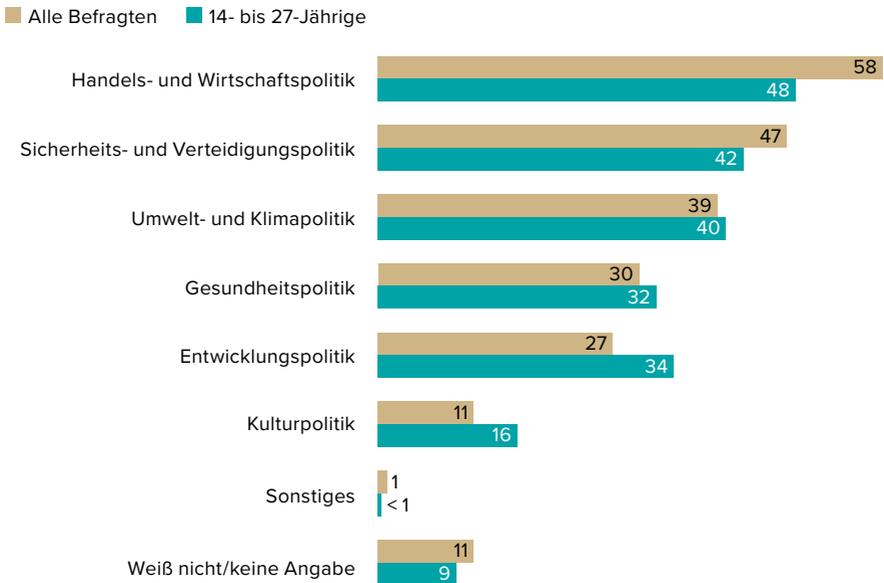
alle signifikant. Ähnliche Unterschiede zeigen sich erneut bezüglich der Rolle, die sich die Befragten für Deutschland in der Welt wünschen.

„Wir befinden uns mitten in einer ‚Zeitenwende‘, die mit einer Veränderung von Deutschlands Rolle in der Welt einhergeht. Deutschland ist sowohl globale Wirtschaftsmacht als auch Vermittler in internationalen Konflikten. Unser Land muss mehr in Verteidigung, Sicherheit und Umweltschutz investieren. Das sehen die Menschen in meinem Umfeld auch so. Nach der langjährigen Kanzlerschaft von Angela Merkel ist der Wunsch nach Veränderung groß. Besonders viele junge Menschen machen sich heutzutage Sorgen um ihre Zukunft. Für viele von ihnen ist besonders Sicherheit ein wichtiges Thema.“



Cara Fedeler
18 Jahre

Des Weiteren wurde erhoben, in welchen politischen Bereichen Deutschland nach Meinung der Befragten international mehr tun sollte, um seine globale Position und Einflussnahme zu stärken. Sowohl das Gesamtsample als auch die Jüngeren wählen hier am häufigsten die Bereiche „Handels- und Wirtschaftspolitik“, „Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ und „Umwelt- und Klimapolitik“ (Abbildung 7). Allerdings gibt es auch hier bei näherer Betrachtung Altersunterschiede. So geben die Jüngeren signifikant häufiger als die Gesamtstichprobe an, dass Deutschland aktiver in der Entwicklungspolitik (34 vs. 27 Prozent gesamt) und in der Kulturpolitik (16 vs. 11 Prozent gesamt) werden sollte. Gleichzeitig sind sie signifikant seltener dafür, dass Deutschland mehr in der Handels- und Wirtschaftspolitik (48 vs. 58 Prozent gesamt) und Sicherheits- und Verteidigungspolitik (42 vs. 47 Prozent gesamt) tun sollte. Hier zeigt sich zudem ein interessanter Unterschied in Bezug auf den formalen Bildungsgrad der Befragten. So geben Personen mit hoher Bildung (44 Prozent vs. 36 Prozent mittlere Bildung vs. 34 Prozent niedrige Bildung) signifikant häufiger an als Personen mit mittlerer oder niedriger Bildung, dass Deutschland international mehr im Bereich der Umwelt- und Klimapolitik tun sollte.

Abbildung 7 | Politische Bereiche, in denen Deutschland international mehr tun sollte

Darstellung in Prozent

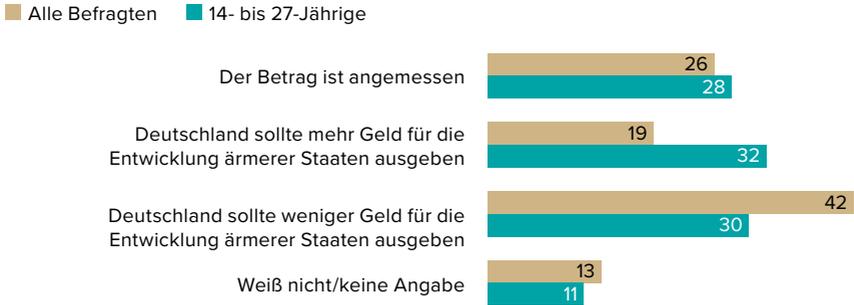
Frage: Und in welchen politischen Bereichen sollte Deutschland international mehr tun, um seine globale Position und Einflussnahme zu stärken? Wählen Sie bitte bis zu drei Antworten aus.

Basis: n=3.300 (alle Befragten, gewichtet: n=3.000) bzw. n=887 (14- bis 27-Jährige)

Quelle: Ipsos im Auftrag der Liz Mohn Stiftung 2024

Zu dem Ergebnis, dass Jüngere sich häufiger mehr Aktivität in der Entwicklungspolitik wünschen (34 vs. 27 Prozent gesamt), passt auch das Antwortverhalten der Befragten bei der Frage danach, ob die Ausgaben, die Deutschland aktuell für die Entwicklung ärmerer Staaten tätigt, angemessen sind (Abbildung 8). Hier gibt die jüngere Stichprobe signifikant häufiger als das Gesamtsample an, Deutschland solle mehr Geld für die Entwicklung dieser Länder ausgeben (32 vs. 19 Prozent gesamt). Dass Deutschland weniger Geld für Entwicklung ausgeben sollte, meinen unter den Jüngeren derweil signifikant weniger Befragte als im Gesamtsample (30 vs. 42 Prozent gesamt). Während insgesamt deutlich mehr Befragte gegen mehr Entwicklungshilfe sind, als dass sie sich dafür aussprechen, zeigt sich unter den Jüngeren ein ausgeglichenes Bild mit leichter Tendenz in die entgegengesetzte Richtung.

Abbildung 8 | Angemessenheit der Ausgaben für Entwicklung



Darstellung in Prozent

Frage: Deutschland gibt in diesem Jahr 11 Milliarden Euro für die Entwicklung ärmerer Staaten aus. Ist dieser Betrag Ihrer Meinung nach angemessen, zu hoch oder zu niedrig?

Basis: n=3.300 (alle Befragten, gewichtet: n=3.000) bzw. n=887 (14- bis 27-Jährige)

Quelle: Ipsos im Auftrag der Liz Mohn Stiftung 2024

4. KRIEG UND FRIEDEN

In vorliegender Untersuchung wurde außerdem erhoben, wie hoch die Befragten das Risiko eines militärischen Angriffs auf unterschiedliche Staaten bewerten. Sowohl im Gesamtsample als auch unter den Jüngeren schätzt jeweils etwa jeder Vierte (24 Prozent Jüngere; 25 Prozent gesamt) das Risiko eines Angriffs auf Deutschland eher oder sehr hoch ein (Abbildung 9). Dabei macht allerdings der Anteil, der „sehr hoch“ auswählt, nur 6 Prozent im Gesamtsample und 5 Prozent unter den Jüngeren aus. Altersunterschiede zeigen sich hingegen bezüglich der Einschätzung des Angriffsrisikos im Osten Europas. Während fast zwei von fünf Personen (36 Prozent) im Gesamtsample einen Angriff auf die baltischen Staaten (Estland, Lettland, Litauen) für eher oder sehr wahrscheinlich halten, sieht dies im jüngeren Sample nur etwas mehr als jeder Vierte (27 Prozent) so. Der Unterschied ist signifikant. Auch in Bezug auf Polen fällt der Anteil derjenigen, die das Angriffsrisiko eher oder sehr hoch einstufen, im Gesamtsample mit 34 Prozent signifikant höher aus als in der jüngeren Zielgruppe (30 Prozent). Ebenso signifikant erhöht ist die Einschätzung des Gesamt-

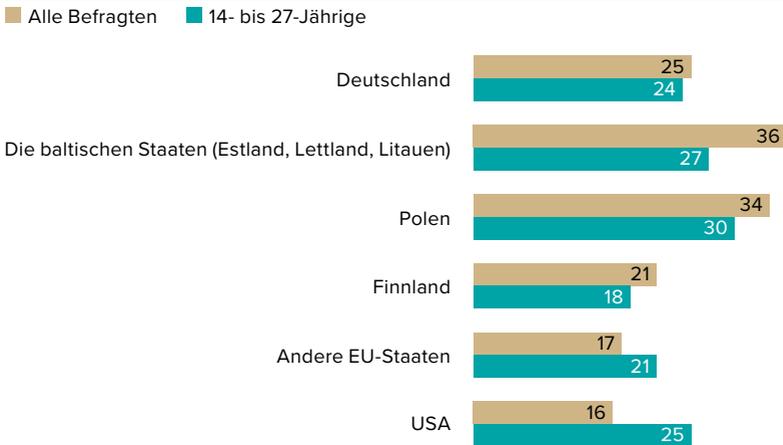
„Putins Angriffskrieg auf die Ukraine hat die europäische Friedensordnung tief erschüttert. Es herrscht wieder Krieg in Europa. Auch wenn ein Angriff auf uns nicht allzu wahrscheinlich erscheint, müssen wir unsere Armee in die Lage versetzen, dieses Land verteidigen zu können. Aber hohe Rüstungsausgaben allein können kein Garant für unsere freiheitliche Grundordnung sein. Wird dem sozialen Frieden nicht Rechnung getragen, werden soziale Ausgaben vernachlässigt, braucht es nicht einmal einen militärischen Angriff, um unsere Demokratie zu destabilisieren. Das passiert dann ganz von selbst und von innen heraus.“



Viron Lycopoulos
18 Jahre

samples, dass das Angriffsrisiko für Finnland mindestens eher hoch ist (21 Prozent) als durch die Jüngeren (18 Prozent). Ein signifikant höheres Angriffsrisiko sehen die Jüngeren hingegen in anderen EU Staaten (21 vs. 17 Prozent gesamt) und in den USA (25 vs. 16 Prozent gesamt).

Abbildung 9 | Risiko eines militärischen Angriffs („Sehr hoch“/„Eher hoch“)



Darstellung in Prozent

Frage: Wie hoch schätzen Sie derzeit das Risiko eines militärischen Angriffs auf die folgenden Staaten ein?

Basis: n=3.300 (alle Befragten, gewichtet: n=3.000) bzw. n=887 (14- bis 27-Jährige)

Quelle: Ipsos im Auftrag der Liz Mohn Stiftung 2024

Schaut man auf die Ausgaben, die Deutschland für die Bundeswehr tätigt, ergibt sich folgendes Bild: Einhergehend damit, dass die Jugendlichen sich weniger stark für Ausgaben in Sicherheits- und Verteidigungspolitik aussprechen, stimmen auch signifikant weniger Befragte zwischen 14 und 27 Jahren der Aussage eher oder voll und ganz zu, dass die Bundeswehr für eine mögliche Landesverteidigung wieder besser ausgerüstet werden sollte (59 vs. 69 Prozent gesamt).

5. ALTE UND NEUE PARTNER

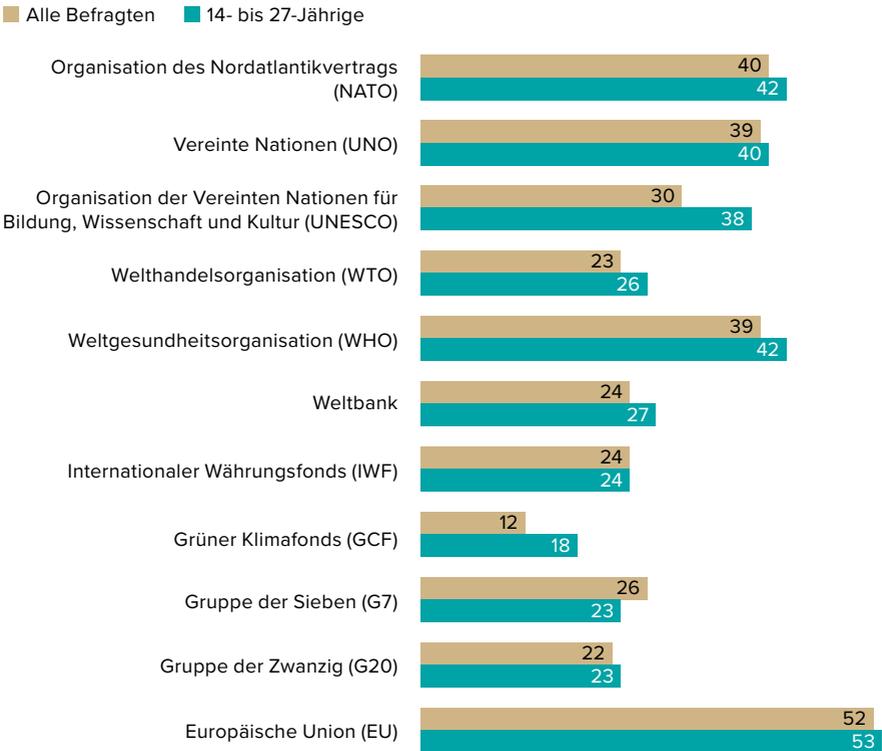
Es wurden auch die Kenntnis über internationale Organisationen, die Einstellungen zu bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und anderen Staaten sowie unterschiedliche Fragen zu den Mitteln der deutschen Außenpolitik untersucht. So wurde zum einen die Kenntnis unterschiedlicher internationaler Organisationen abgefragt. Dabei fällt auf, dass im jüngeren Sample (mit Ausnahme der G7 und des IWF) bei allen Organisationen leicht häufiger die beiden höchsten Skalenpunkte „eher gut“ oder „sehr gut“ ausgewählt wurden (Abbildung 10). Dieser Unterschied ist bei UNESCO, WHO, Weltbank und GCF signifikant. Gleichzeitig wählt das jüngere Sample allerdings auch die unteren beiden Skalenpunkte „eher schlecht“ oder „sehr schlecht“ bei der NATO, der UNO, der WHO, dem IWF, den G7 und der EU signifikant häufiger aus. Das Gesamt-sample ordnet sein Wissen derweil bei vielen Organisationen signifikant häufiger als die Jüngeren auf dem Skalenmittelpunkt ein. Interessant ist hier auch, dass Männer bei allen Organisationen signifikant häufiger die beiden oberen Skalenpunkte wählen als Frauen. Es ist allerdings zu berücksichtigen, dass es sich lediglich um eine subjektive Einschätzung durch die Befragten handelt. Es kann nicht kontrolliert werden, ob diese die tatsächliche Kenntnis widerspiegelt.

„Wir wachsen in einer vernetzten Welt auf, in der globale Zusammenarbeit und Austausch entscheidend sind, um die großen Herausforderungen unserer Zeit zu bewältigen. Internationale Organisationen wie die NATO, die Vereinten Nationen und die Europäische Union spielen eine Schlüsselrolle dabei, Lösungen zu finden, die über nationale Grenzen hinausgehen. Die Kooperation mit ‚alten‘ Partnern wie Frankreich und den USA bleibt von großer Bedeutung. Dennoch ist es ebenso wichtig, mit Ländern zusammenzuarbeiten, die nicht unseren demokratischen Standards entsprechen. Dialog und Zusammenarbeit sind oft der einzige Weg, um positive Veränderungen zu bewirken und gemeinsame Ziele zu erreichen.“



Victoria Kirschberger
20 Jahre

Abbildung 10 | Kenntnis über internationale Organisationen
(Anteil „Sehr gut“/„Eher gut“)



Darstellung in Prozent

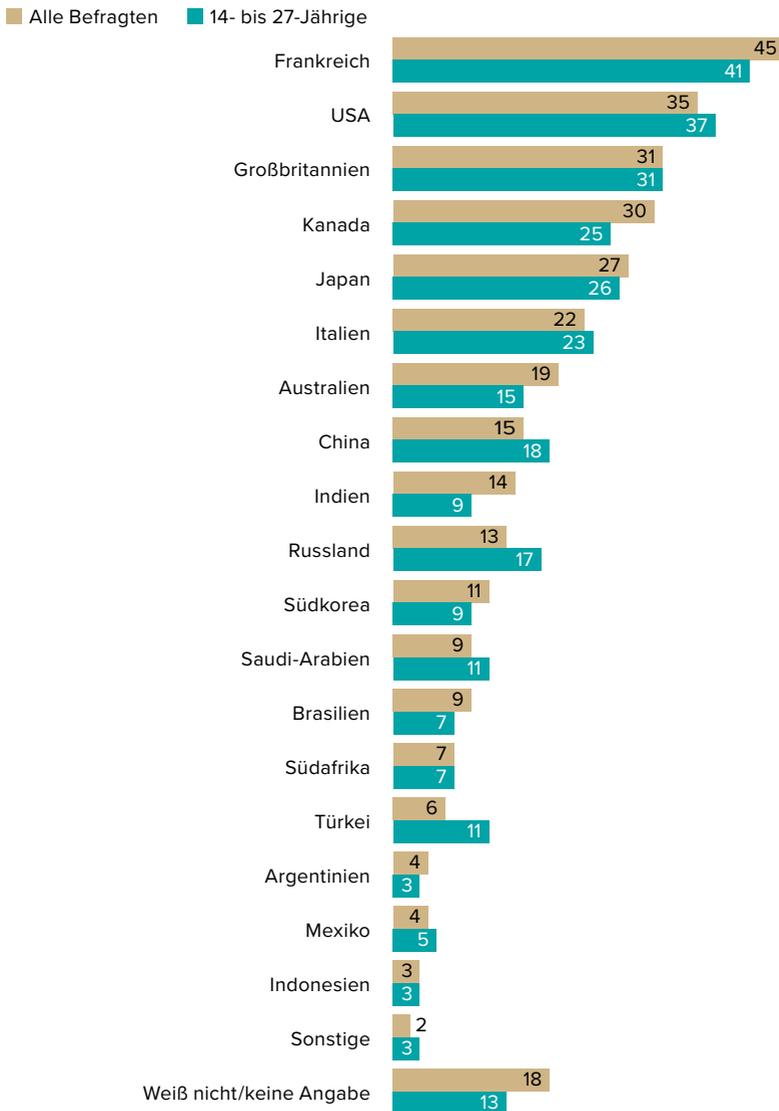
Frage: Deutschland ist Mitglied vieler internationaler Organisationen. Wie gut kennen Sie die folgenden Organisationen?

Basis: n=3.300 (alle Befragten, gewichtet: n=3.000) bzw. n=887 (14- bis 27-Jährige)

Quelle: Ipsos im Auftrag der Liz Mohn Stiftung 2024

Zudem wurde die Meinung der Befragten dazu untersucht, mit welchen Ländern weltweit Deutschland stärker zusammenarbeiten sollte, um seine globale Position und Einflussnahme zu stärken. Beide Stichproben priorisieren eine stärkere Zusammenarbeit mit Frankreich, den USA, Großbritannien, Kanada und Japan (Abbildung 11). Allerdings legt ein näherer Blick Alterseffekte offen. So geben die Jüngeren signifikant häufiger als das Gesamtsample an, dass Deutschland stärker mit China (18 vs. 15 Prozent gesamt), Russland (17 vs. 13 Prozent gesamt), der Türkei (11 vs. 6 Prozent

Abbildung 11 | Länder, mit denen Deutschland intensiver zusammenarbeiten sollte (global)



Darstellung in Prozent

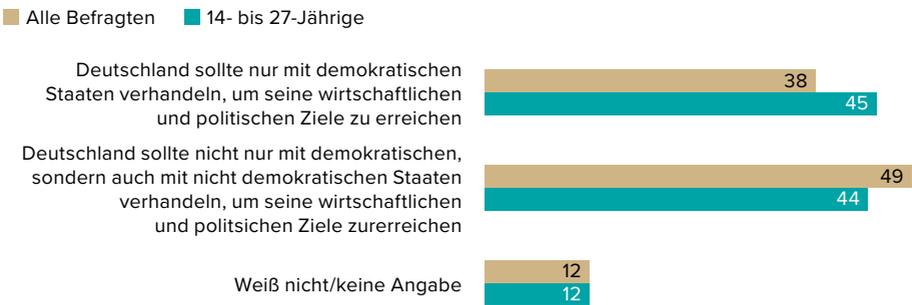
Frage: Mit welchem Land sollte Deutschland seine Zusammenarbeit intensivieren, um seine globale Position und Einflussnahme zu stärken? Wählen Sie bitte bis zu fünf der unten genannten Länder aus, mit denen Deutschland stärker zusammenarbeiten sollte.

Basis: n=3.300 (alle Befragten, gewichtet: n=3.000) bzw. n=887 (14- bis 27-Jährige)

gesamt) und Mexiko (5 vs. 4 Prozent gesamt) zusammenarbeiten sollte. Gleichzeitig sprechen sie sich signifikant seltener für eine stärkere Zusammenarbeit mit Frankreich (41 vs. 45 Prozent gesamt), Kanada (25 vs. 30 Prozent gesamt), Australien (15 vs. 19 Prozent gesamt) und Indien (9 vs. 14 Prozent gesamt) aus.

Darüber hinaus wurde die Meinung der Befragten bezüglich der Staaten ermittelt, mit denen Deutschland ihrer Ansicht nach international zusammenarbeiten sollte. Dazu wurde zum einen allgemein gefragt, ob Deutschland nur mit demokratischen oder auch mit nicht demokratischen Staaten verhandeln sollte. Die Untersuchung zeigt diesbezüglich einen signifikanten Unterschied zwischen dem jüngeren und dem Gesamt-sample (Abbildung 12). So sind die Jugendlichen (45 Prozent) eher der Meinung, dass Deutschland nur mit demokratischen Staaten verhandeln sollte als das Gesamt-sample (38 Prozent). Das Gesamt-sample (49 Prozent) hingegen gibt signifikant häufiger als das jüngere Sample (44 Prozent) an, dass Deutschland auch mit nicht demokratischen Staaten verhandeln sollte, um seine wirtschaftlichen und politischen Ziele zu erreichen. Hier lohnt sich auch ein Blick auf das Geschlecht und den formalen Bildungsgrad der Befragten. Männer (55 vs. 44 Prozent Frauen) und Personen mit hoher Bildung (53 Prozent vs. 48 Prozent mittlere Bildung vs. 41 Prozent niedrige Bildung) stimmen signifikant häufiger der Aussage zu, Deutschland solle auch mit nicht demokratischen Staaten verhandeln als Frauen und Personen mit mittlerer oder niedriger Bildung.

Abbildung 12 | Zusammenarbeit mit (nicht) demokratischen Staaten



Darstellung in Prozent

Frage: Sollte Deutschland Ihrer Meinung nach nur mit demokratischen Staaten verhandeln, um seine wirtschaftlichen und politischen Ziele zu erreichen, oder sollte Deutschland dazu auch mit nicht demokratischen Staaten verhandeln?

Basis: n=3.300 (alle Befragten, gewichtet: n=3.000) bzw. n=887 (14- bis 27-Jährige)

Quelle: Ipsos im Auftrag der Liz Mohn Stiftung 2024

FAZIT

Junge Menschen in Deutschland haben eine starke Meinung zu außenpolitischen Themen, kommen in der öffentlichen Debatte jedoch nur selten vor. Die vorliegende Untersuchung gibt den Jugendlichen eine Stimme in dieser Diskussion. Dabei wird deutlich: Inhaltlich sind sie in vielen Bereichen ähnlicher Ansicht wie die Gesamtbevölkerung, haben aber in einigen Fragestellungen signifikant andere Meinungen.

Grundlage der politischen Meinungsbildung ist die Informationsbeschaffung, die unter den 14- bis 27-Jährigen deutlich anders abläuft als in der Gesamtbevölkerung. Die Jugendlichen nutzen als favorisierte Informationsquelle vor allem die sozialen Medien, während die Menschen insgesamt in Deutschland Nachrichten über Politik vorwiegend über Radio und/oder Fernsehen beziehen.

Die Jugendlichen glauben eher als die Gesamtbevölkerung daran, mit ihrem Handeln durch z. B. Wahlen, Demonstrationen oder öffentliche Meinungsäußerung die deutsche Außenpolitik beeinflussen können. Dabei ist für sie – wie auch für die Befragten aller Altersgruppen – das Zugehörigkeitsgefühl zu ihrem Wohnort besonders ausgeprägt.

Auch Deutschlands Rolle in Europa und der Welt wird von den Jugendlichen etwas anders wahrgenommen als von der Gesamtbevölkerung. Während sowohl die Jugendlichen als auch die allgemeine Bevölkerung Deutschland vor allem als Wirtschaftsmacht in Europa und der Welt sehen, ist es für die jungen Menschen eher auch Militärmacht, Kulturmacht und Führungsmacht als für die Gesamtbevölkerung. Die Rolle der Europäischen Union wird von den Befragten besonders positiv bewertet. Die Jugendlichen sprechen sich signifikant häufiger dafür aus, mehr nationale Entscheidungsrechte an die EU zu übertragen.

Die internationalen Kriege und Konflikte haben auch Auswirkungen auf das Sicherheitsgefühl der Menschen in Deutschland: Etwa jeder Vierte – sowohl der Jugendlichen als auch der Gesamtbevölkerung – schätzt das Risiko eines militärischen Angriffs auf Deutschland (eher oder sehr) hoch ein.

In öffentlichen Debatten sollten Jugendliche öfter zu Wort kommen und auch in Fragen der Außenpolitik als relevante Interessengruppe erhört werden. Die Europawahlen 2024, bei denen in Deutschland zum ersten Mal auch 16- und 17-Jährige wählen durften, haben den Jugendlichen echte politische Teilhabe in der EU ermöglicht. Mit der vorliegenden Studie soll dieser Weg zur Sichtbarkeit junger Meinungen zu internationaler Politik weiter beschrritten werden.

ANHANG

Methodik

Mithilfe einer quantitativen Onlinebefragung, durchgeführt von dem Meinungsforschungsinstitut Ipsos, wurden die Einstellungen der Deutschen bezüglich unterschiedlicher außenpolitischer Fragestellungen erhoben. Dabei wurde ein besonderer Fokus auf die Zielgruppe der 14- bis 27-Jährigen gelegt. Im Detail wurden soziodemografische Merkmale, politische Hintergrundinformationen, Einstellungen zu Deutschlands Rolle in Europa und der Welt sowie der Rolle anderer Staaten in der Welt und Einstellungen zu weiteren außenpolitischen Fragestellungen abgefragt.

Die quantitative Befragung fand zwischen dem 20. März und dem 10. April 2024 statt. Es wurden 3.000 in Deutschland wohnhafte Personen zwischen 14 und 99 Jahren befragt. Zusätzlich wurde die Stichprobe um 300 weitere Personen im Alter von 14 bis 27 Jahren geboostert. Mithilfe von Quoten wurde für Repräsentativität innerhalb der Stichproben gesorgt. So wurde die Hauptbefragung nach den Merkmalen Alter, Geschlecht und Region quotiert. Es wurde zusätzlich eine softe Quote für den formalen Bildungsgrad der Befragten eingerichtet. Der Boost für die 14- bis 27-Jährigen wurde ebenfalls nach den Merkmalen Alter, Geschlecht und Region quotiert. Sämtliche Quoten wurden vom Statistischen Bundesamt bezogen.

Im Anschluss an die Erhebung wurden jegliche Abweichungen von den vorgegebenen Quoten mithilfe einer Gewichtung nach Alter, Geschlecht und Region ausgeglichen. So sind zwei jeweils in sich repräsentative Samples entstanden. Um möglichst alle erhobenen Daten zu berücksichtigen, wurden auch für die Auswertung des Gesamtsamples sowohl die 3.000 Fälle der Haupterhebung als auch die 300 Fälle des Boosts berücksichtigt. Damit jedoch die Gruppe der Jüngeren in den Daten nicht überrepräsentiert auftritt, wurde diese im Nachhinein heruntergewichtet, sodass sich für die Hauptbefragung ein gewichtetes N von 3.000 (ungewichtet: 3.300) ergibt. Das gewichtete und ungewichtete N für das Sample der 14- bis 27-Jährigen beträgt 887. Prozentuale Abweichungen sind auf Rundungen zurückzuführen.

Kontakt

Liz Mohn Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Matthias Meis: meis@liz-mohn-stiftung.de
Simon P. Balzert: balzert@liz-mohn-stiftung.de

Liz Mohn Stiftung

Die gemeinnützige Liz Mohn Stiftung führt die Aktivitäten der Liz Mohn Center gGmbH und der Liz Mohn Kultur- und Musikstiftung in einer eigenständigen Institution weiter. Die Liz Mohn Stiftung hat vier Handlungsfelder: „International Relations“, „Creating Leadership Cultures“, „Power of Culture“ und „Global Talents“.

Ein besonderes Anliegen von Liz Mohn und der Stiftung ist es, Brücken der Verständigung über Sprachen und Grenzen hinweg zu bauen und auf diese Weise Menschen aus unterschiedlichen Nationen und Kulturen, mit verschiedenen Professionen und Positionen sowie aus verschiedenen Generationen in den Dialog zu bringen und jungen Menschen eine Stimme zu geben.

Weitere Informationen: <https://liz-mohn-stiftung.de/>

Ipsos

Ipsos ist die Nummer 3 weltweit in der Marktforschungsbranche mit mehr als 20.000 Mitarbeiter:innen und starker Präsenz in 90 Ländern.

Die Forschungsexpert:innen, Analyst:innen und Wissenschaftler:innen verfügen über das breite Know-how von Multi-Spezialist:innen, das tiefe Insights in Handlungen, Meinungen und Motivationen von Bürger:innen, Konsument:innen, Patient:innen, Käufer:innen oder Mitarbeiter:innen ermöglicht. Ipsos hat die große Bandbreite der Lösungsansätze in 18 Service Lines zusammengefasst und unterstützt damit über 5.000 Kund:innen weltweit.

1975 in Paris gegründet, wird Ipsos bis heute von Forschern geführt. In Deutschland sind ca. 600 Mitarbeiter:innen an fünf Standorten präsent: Hamburg, Berlin, Frankfurt, Nürnberg und München.

Weitere Informationen: www.ipsos.com

Kontakt

Liz Mohn Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh

Matthias Meis
meis@liz-mohn-stiftung.de

Simon P. Balzert
balzert@liz-mohn-stiftung.de

